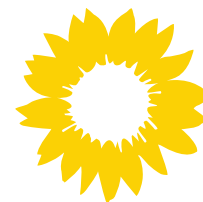

GEMEINSAM FÜR EIN WELTOFFENES UND DEMOKRATISCHES BAYERN

Geschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
Antisemitismus und gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit



GEMEINSAM FÜR EIN WELTOFFENES UND DEMOKRATISCHES BAYERN

I. Für ein Bayern der Vielfalt

Bayern ist ein Land der Vielfalt. Menschen mit den verschiedensten Lebensentwürfen, mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen haben hier ihre Heimat gefunden. Die vielfältigen Einflüsse und Prägungen tragen ganz maßgeblich zur Lebendigkeit, Liebenswürdigkeit und Attraktivität unseres Bundeslandes bei. Viele Menschen in Bayern schätzen diese Vielfalt und setzen sich tagtäglich für eine weltoffene, bunte, demokratische, moderne und friedliche Gesellschaft ein. Sie eint die Anerkennung und der Respekt im Umgang miteinander.

Die Ideologien des Rechtsextremismus, des Rassismus und der Ungleichwertigkeit von Menschen stehen genau diesen Werten diametral entgegen. Sie zielen darauf ab, die Gesellschaft zu spalten, Teilen der Bevölkerung grundlegende Rechte abzusprechen und sind gegen die Menschenwürde gerichtet. Sie stellen zentrale Werte unseres Grundgesetzes in Frage und sind damit nicht nur für Minderheiten oder politische Gegner eine Gefahr – sondern für unsere Demokratie als Ganzes.

Wir GRÜNE fordern deshalb seit vielen Jahren ein konsequentes und nachhaltiges Eintreten gegen Neonazis, aber auch gegen antidemokratische Kultur, Rassismus und jede Form von Ungleichwertigkeitsvorstellung in der bayerischen Politik und Bevölkerung. Wir sind uns – im Gegensatz zur CSU-Regierung – bewusst, dass eine wirksame Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf mehreren Säulen stehen und auf verschiedenen Ebenen verankert sein muss. So wichtig ein klares, repressives Vorgehen gegenüber rechten Straf- und Gewalttätern ist, so wichtig sind gleichzeitig die Förderung einer demokratischen Kultur sowie präventive (Bildungs-) Angebote. Und so notwendig staatliche Maßnahmen sind, so unerlässlich ist die Kooperation mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Unterstützung der vielfältigen Initiativen, die sich für unsere Demokratie und gegen Menschenverachtung engagieren.

Weder der Staat, noch die Kommunen, noch die Zivilgesellschaft können diese Herausforderung alleine meistern. Sie alle sind aufeinander angewiesen. Die Zusammenarbeit muss deshalb von gegenseitigem Respekt getragen sein und auf Augenhöhe stattfinden. Genau dafür wollen wir GRÜNE sorgen. Unser Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist deshalb ausdrücklich als ein lernendes Konzept zu verstehen, in dessen ständige Weiterentwicklung wir insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen, kommunale Akteure und wissenschaftliche ExpertInnen einbinden werden.



II. Die aktuelle Situation in Bayern

Eine wirksame Strategie gegen Rechtstextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit setzt eine ehrliche und umfassende Problemanalyse voraus. Das Problemfeld ist – wie einleitend bereits angedeutet – vielschichtig. Es ist zu kurz gegriffen, bei der Bekämpfung von Rechtstextremismus und Rassismus allein die organisierte rechte Szene in den Blick zu nehmen – und das Problem damit auf einen kleinen Randbereich der Gesellschaft zu verengen. Genauso wichtig ist die Auseinandersetzung mit antidemokratischen, rassistischen und anderen menschenfeindlichen Einstellungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

1. Rassismus ist ein Problem in Bayern

Dass sich rechtsextreme Einstellungen nicht nur am Rand der Gesellschaft wiederfinden, zeigen wissenschaftliche Studien (wie z.B. die sogenannten „Mitte-Studien“ oder die Bielefelder Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit) seit vielen Jahren. In unserem Auftrag haben Oliver Decker und Elmar Brähler von der Universität Leipzig im Jahr 2014 die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen in Bayern untersucht.¹ Mit dem Ergebnis, dass insbesondere die Aussagen mit ausländerfeindlichem Inhalt bei den Befragten große Akzeptanz fanden: „Die Ausländerfeindlichkeit ist im gesamten Bundesgebiet die Dimension, die die höchsten Zustimmungswerte erfährt. Im Vergleich zum westlichen Bundesgebiet (jeder Fünfte) fällt das Ergebnis für Bayern aber noch drastischer aus: Mit 33,1% stimmt jeder Dritte den Aussagen mit ausländerfeindlichem Inhalt zu.“ Unter den Gruppen, die besonders von Abwertung betroffen sind, befinden sich – laut Studie – insbesondere Muslime, Asylsuchende sowie Sinti und Roma. So stimmen 46 % der bayerischen Befragten der These, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, zu. Mehr als jede/-r Zweite (53,7 %) hätte „Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“. Diese Ergebnisse wurden erst kürzlich von einer Studie der LMU München zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Bayern bestätigt.² Und auch antisemitische Ressentiments sind weiterhin weit verbreitet, was unter anderem in der Zustimmungsrate zur These „Juden haben zu viel Kontrolle und Einfluss an der Wall Street“ zum Ausdruck kommt.

Die Studien liefern damit genau jene Diagnose, die einer wirkungsvollen Strategie gegen Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus zugrunde liegen muss: Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir nur mit ressortübergreifenden Maßnahmen und mit der Stärkung bzw. Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfolgreich bekämpfen können. Denn unsere Demokratie ist nicht erst dann gefährdet, wenn Gewalttaten von Neonazis öffentliches Aufsehen erregen.

¹ http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/rechtsextreme_einstellungen_in_bayern_-_mitte-studie.pdf

² http://www.ls4.soziologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle_forschungsprojekte/einstellungen2016/forschungsbericht_gmf_2016.pdf



Gerade in den letzten Monaten müssen wir erleben, wie populistische Kräfte in unserem Land lautstark rassistische, antisemitische, völkische, homophobe und sexistische Deutungsmuster bedienen. Aussagen im Rahmen islam- und fremdenfeindlicher Aufmärsche, wie zum Beispiel der diversen Pegida-Ableger, bleiben zu häufig ungeahndet oder unwidersprochen oder werden gar verharmlost. Die Radikalisierung der AfD und ihre hohen Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen im März zeigen allzu deutlich, dass ein nicht unerheblicher Teil der Gesellschaft für rechtspopulistische Hetze und Schuldzuweisungen empfänglich ist. Wir GRÜNE appellieren an alle demokratischen Parteien, für eine weltoffene, friedliche Gesellschaft einzustehen und klare Kante zu zeigen gegen Populismus, Hass und Rassismus.

Auch rechtsextreme Einstellungen in und Äußerungen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft – wie wir sie insbesondere in der aktuellen Flüchtlingsdebatte beobachten – gefährden das demokratische Klima und bilden den Nährboden für rechte Gewalt. Diese Einsicht fehlt im bisherigen CSU-Regierungshandeln nahezu vollständig. So kommt die gesamtgesellschaftliche Dimension des Problemfelds im allein auf sicherheitspolitische Maßnahmen fixierten „Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ noch immer deutlich zu kurz. Und selbst die ehemalige Leiterin der Verfassungsschutzabteilung im CSU-Innenministerium muss einräumen, dass das sogenannte Handlungskonzept „kein Papier über die Bekämpfung von Rassismus“ sei.³ Dabei hat sich die Erkenntnis, dass gerade die Einbeziehung dieses Problembereichs die grundlegende Voraussetzung für ein wirkungsvolles Handlungskonzept ist, auf anderen Ebenen – z.B. im Bund, in anderen Bundesländern und in vielen bayerischen Kommunen – längst durchgesetzt. An dieser Stelle sehen wir in Bayern noch großen Handlungsbedarf.

2. Starker Anstieg rechter Straf- und Gewalttaten in Bayern

Denn immer häufiger werden Einstellungen und Worte zu Taten. Das zeigen die offiziellen Zahlen zu rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten. Besonders besorgniserregend ist der extreme Anstieg der gemeldeten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Obwohl sich die Zahl der menschenverachtenden Attacken auf Einrichtungen für Schutzsuchende zwischen 2013 und 2015 bereits fast versechsfacht hat⁴, ist im laufenden Jahr ein weiterer explosionsartiger Anstieg zu beobachten. Laut Angaben des bayerischen Innenministeriums wurden im ersten Halbjahr 2016 65 politisch motivierte Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte gezählt. Das entspricht einer Zunahme von 261 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres.⁵

Die Aufklärungsquote nach Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte ist hingegen – insbesondere im Vergleich zur allgemeinen Aufklärungsquote in Bayern (72,5 Prozent, siehe Kriminalitätsstatistik 2015) – auch weiterhin sehr niedrig. So heißt es in der Antwort des Innenministeriums auf eine Schriftliche Anfrage: „In 65 der 77 Ermittlungsverfahren konnte

³ Vgl. Protokoll des Innenausschusses vom 3. Dezember 2014

⁴ Vgl. Antwort Staatsregierung (3.3.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Gewalt gegen Asylsuchende, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten‘ vom 11.1.16

⁵ <http://www.merkur.de/politik/verfassungsschutz-bericht-bereitschaft-gewalt-nimmt-6627935.html>



(bisher) kein Tatverdächtiger ermittelt werden.“⁶ (Stand April 2016). In Folge der acht Brandanschläge, die im Jahr 2015 offiziell registriert wurden, konnte noch gar kein Täter ermittelt bzw. zur Verantwortung gezogen werden (Stand: April 2016).⁷

Auch über die menschenverachtenden Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hinaus belegen die offiziellen Zahlen einen deutlichen Anstieg der Straf- und Gewalttaten von rechts. So registrierte das Innenministerium 2015 2.293 rechtsextremistisch motivierte Straftaten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um fast 20 Prozent, seit 2010 sogar um mehr als 50 Prozent.

Erschreckend ist dabei insbesondere die wachsende Brutalität, die sich an der Zahl der rechtsextremen Gewalttaten und der davon betroffenen Opfer ablesen lässt. So gab es 2015 91 rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte⁸ und 117 Opfer von rechter Gewalt. Seit dem Jahr 2010 ist hier eine Zunahme um 57 bzw. 86 Prozent festzustellen⁹.

Die Aufklärungsquote ist auch an dieser Stelle viel zu niedrig. 2015 wurden 89 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte eingeleitet. Nur in 23 Fällen wurden bisher Anklagen bzw. Antragsschriften erhoben bzw. Strafbefehlsanträge gestellt. Das sind gerade mal etwas mehr als ein Viertel der Verfahren (26 Prozent). In 65 Fällen wurde das Verfahren eingestellt (27 Fälle) bzw. wurden die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen (38 Fälle) (Stand: April 2016).¹⁰

Hinzu kommt eine besorgniserregend hohe Zahl untergetauchter Neonazis. Laut Auskunft des bayerischen Innenministeriums entziehen sich aktuell 67 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis der Festnahme. Auch diese Zahl ist im vergangenen Jahr noch einmal deutlich angestiegen (von 53 auf 67). Die untergetauchten Neonazis führen ein Halbwelt-Dasein und stellen eine ernstzunehmende Gefahr für Bayern dar. Das wissen wir spätestens seit der Selbstenttarnung des „NSU“.

Die CSU-Regierung versäumt es also nicht nur, an den Kern des Problems – den Rassismus in unserer Gesellschaft – vorzudringen. Auch in ihrem vermeintlichen Kerngebiet – der Inneren Sicherheit – offenbart sie massive Schwächen. So gelingt es ihr seit Jahren nicht, die rechte Gewalt in Bayern einzudämmen. Stattdessen müssen wir auch weiterhin einen extremen Anstieg beobachten, dem bis heute nicht angemessen begegnet wird. Auch hier wollen wir nachbessern.

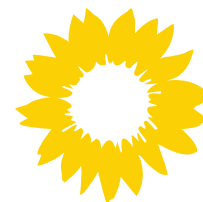
⁶ Vgl. Antwort Staatsregierung (3.3.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Gewalt gegen Asylsuchende, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten‘ vom 11.1.16

⁷ Vgl. ebd.

⁸ Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist, laut Definition der Sicherheitsbehörden, die Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst folgende Deliktsbereiche: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte, Sexualdelikte.

⁹ Vgl. Antwort Staatsregierung (20.2.16) auf Schriftl. Anfrage betreffend ‚Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2015‘ vom 7.1.16

¹⁰ Vgl. ebd.



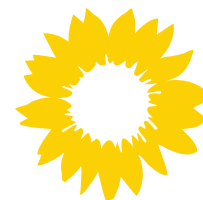
3. Gegenmaßnahmen der CSU-Regierung greifen zu kurz

Das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus wurde 2009 beschlossen. Also noch bevor bekannt wurde, dass der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) in Bayern fünf Menschen ermordet hatte, bevor allwöchentlich auf bayerischen Straßen rassistische Aufmärsche stattfanden und bevor die Zahl der rechten Straf- und Gewalttaten explodiert ist. Auf all diese Entwicklungen gibt das sieben Jahre alte Konzept der CSU-Regierung keine Antworten.

Dieses Defizit haben zuletzt auch die Oberbürgermeister der größten bayerischen Städte – darunter der Augsburger CSU-OB, Kurt Gribl – in einer gemeinsamen Stellungnahme sehr deutlich benannt: „Wir vermissen im aktuellen Konzept der Bayerischen Staatsregierung beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus, den verschiedenen Spielarten des Rassismus und des Antisemitismus sowie mit konkreten Szenen, beispielsweise den extrem rechten Burschenschaften und den rechtsaffinen Fan-Szenen. Wir würden es begrüßen, wenn künftig mehr sozial-, kultur- und sportpolitische etc. Maßnahmen durch die jeweils zuständigen Fachministerien ergriffen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass diese mit den vielfältigen, bereits von Kommunen und Zivilgesellschaft ergriffenen Maßnahmen harmonisieren.“

Bereits 2014 forderten der Bayerische Städtetag, die Evangelische und Katholische Kirche, der DGB und KommunalpolitikerInnen aus verschiedenen Parteien Nachbesserungen am bayerischen Handlungskonzept. In einem Schreiben an die CSU-Regierung brachten sie insbesondere ihre Anerkennung für das vorbildliche Engagement aus der Zivilgesellschaft zum Ausdruck, betonten aber gleichzeitig, dass dieses „auch abhängig von finanzieller Unterstützung“ sei. Da sie „als Kirchen, als Gewerkschaften, als Kommunen und als überregional tätige Bündnisse bereits einen Beitrag“ leisteten, forderten sie, „dass sich auch der Freistaat Bayern deutlich stärker (finanziell) einbringt.“

Die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen beschränkt sich momentan auf die finanzielle Unterstützung des „Bayerischen Bündnisses für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ und der beim Bayerischen Jugendring angesiedelten „Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus“ (LKS) mit gut 70.000 Euro bzw. 80.000 Euro pro Jahr. Das Budget der LKS speist sich damit noch immer größtenteils (zu ca. 80 %) aus Bundesmitteln. Hinzu kommen ca. 200.000 Euro für das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Ein Landesprogramm, das – wie in den meisten anderen Bundesländern – über diese Minimalbeträge hinaus Unterstützungsmöglichkeiten für bürgerschaftliche Bündnisse und unabhängige Beratungsstellen bereitstellt, gibt es in Bayern nicht. In der Summe investiert allein die Landeshauptstadt München pro Jahr mehr Geld in zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus (ca. 500.000 Euro) als der Freistaat. Eigenständige und ausreichend ausgestattete (mobile) Beratungsangebote – wie sie beispielsweise der Münchner Stadtrat 2015 mit der Einrichtung der unabhängigen Beratungsstelle für die



Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt bzw. Diskriminierung fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht hat – fehlen auf Landesebene.

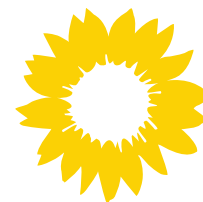
Nach sieben Jahren und vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ist es höchste Zeit, das Handlungskonzept auf den Prüfstand zu stellen. Es reicht ganz offensichtlich nicht aus, allein die organisierte rechtsextreme Szene in den Blick zu nehmen. Ein zeitgemäßes und wirkungsvolles Konzept gegen Rechtstextremismus und Rassismus muss stattdessen allen Erscheinungsformen menschenfeindlicher Ideologie entgegentreten. Auch darf der Einsatz gegen rechts nicht länger nur auf halbherzige Maßnahmen der Sicherheitsbehörden beschränkt bleiben. Neben einem repressiveren Vorgehen gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttäter brauchen wir in Bayern dringend mehr Anerkennung und Unterstützung für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtstextremismus und Rassismus, wir brauchen mehr präventive Angebote – vor allem im Bildungsbereich – und wir brauchen eine klare Haltung sowie ein koordiniertes Vorgehen aller staatlichen Stellen und Akteure im Einsatz für ein demokratisches Miteinander.

III. Unsere Vision: Kräfte bündeln, umfassend handeln, Unterstützung geben

Unser Ziel ist ein wirkungs-, respekt- und vertrauensvolles Zusammenwirken aller beteiligten Akteure im Einsatz für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft und gegen menschenverachtendes Gedankengut. Die bestehenden und größtenteils vorbildlichen Initiativen, Ansätze und Konzepte auf kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene gilt es deshalb bei allen staatlichen Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen und zu unterstützen. Die Kommunen und die vielen Bündnisse in allen Regionen Bayerns sind unverzichtbare Partner in unserer Handlungsstrategie gegen Rechtstextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Gemeinsam leitet uns die Vision einer Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung begriffen wird; in der Weltoffenheit, Respekt sowie Anerkennung im Umgang miteinander zu den zentralen, von allen geteilten Werten gehören. Dieser Vision kommen wir nur näher, wenn jedes staatliche Handeln von dieser Haltung getragen wird und wir auf allen Ebenen an einem Strang ziehen. Der Misstrauenskultur, die das CSU-Regierungshandeln gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren bisher maßgeblich geprägt bzw. beeinträchtigt hat, wollen wir ein Ende setzen.

Der Einsatz für unsere Demokratie und gegen jede Form von Menschenverachtung muss aber nicht nur alle Ebenen, sondern auch alle Politikfelder durchziehen. Die Verankerung zentraler Werte unseres Zusammenlebens darf nicht an Ressort- oder Zuständigkeitsgrenzen Halt machen. Wir stehen mit unserem Konzept für einen breiten und umfassenden Ansatz, der sich der verschiedenen Dimensionen des Rechtstextremismus, des Rassismus, des Antisemitismus und der weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bewusst ist und ihnen sowohl repressiv als auch präventiv entgegenwirkt.



IV. GRÜNE Forderungen: Repression und Prävention

Repression und Prävention sind die beiden tragenden Säulen unseres Konzepts gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In beiden Bereichen sehen wir – wie in der Problemanalyse bereits ausführlich geschildert – in Bayern großen Handlungsbedarf.

1. Repression: Täter zur Rechenschaft ziehen und alle Menschen vor rechter Gewalt schützen

Der explosionsartige Anstieg rechter Straf- und Gewalttaten und die eklatant niedrige Aufklärungsquote zeigen, dass die bisherigen sicherheitspolitischen Maßnahmen nicht ausreichen. Hier wollen wir nachjustieren.

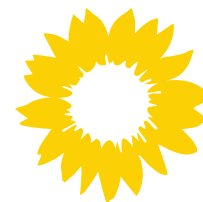
Der massiven Gefahr für die Innere Sicherheit Bayerns, die von rechtsextremistisch bzw. rassistisch motivierten Straf- und Gewalttätern ausgeht, wollen wir dadurch begegnen, dass wir die Bekämpfung des wachsenden **Rechtsextremismus mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden machen**.

Dafür werden wir die **Ressourcen der Polizei im Rahmen einer Aufgabenkritik neu verteilen**. Das bedeutet, dass wir die bayerischen Polizistinnen und Polizisten von überflüssigen Aufgaben entlasten (z.B. durch die Neuregelung der Begleitung von Schwertransportern, die Einführung der Halterhaftung und die Entkriminalisierung von Cannabis), um künftig den **Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene und rechte Straftäter weiter erhöhen** zu können.

Ziel dieser Umstrukturierung ist es, die entsprechenden Taten (vor allem die zunehmende Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sowie den besorgniserregenden Anstieg der Fälle rechter Hetze und Gewaltandrohung in den sozialen Medien) schneller aufzuklären – und damit auch potenzielle Nachahmer verstärkt abzuschrecken. Zur **Strafverfolgung im Bereich der Hasskriminalität**, die insbesondere in den sozialen Medien zu beobachten ist, wollen wir spezielle Schwerpunktstaatsanwaltschaften bilden. Zudem werden wir – analog zu den meisten anderen Bundesländern – die Möglichkeit schaffen, bei einer virtuellen Polizeiwache Online-Strafanzeigen zu stellen.

Für den **Schutz besonders bedrohter Einrichtungen** – wie z.B. von Flüchtlingsunterkünften – werden wir landesweite Notfallpläne erarbeiten. Zudem setzen wir uns bei der Vergabe von Aufträgen an private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften für klare Vorgaben zur Qualifizierung des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards ein.

Zu den Akteuren, die maßgeblich an der rassistischen Stimmungsmache und Hetze gegen Flüchtlinge beteiligt sind, zählen die neonazistischen Gruppierungen **„Die Rechte“** und **„Der III. Weg“**. Sie richten sich mit ihren menschenverachtenden Aktionen direkt und ausdrücklich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung und stellen gleichzeitig eine ernstzunehmende Bedrohung für die Innere Sicherheit dar. Wir werden daher alle



möglichen Maßnahmen ergreifen, um ein **Verbot dieser Gruppierungen** zu initiieren. Grundsätzlich wollen wir die Beobachtung rechtsextremer Gruppen deutlich verstärken.

Ein wirkungsvolles Handeln der Sicherheitsbehörden setzt auch die kritische Auseinandersetzung mit Versäumnissen der Vergangenheit – insbesondere im Zusammenhang mit den NSU-Morden – voraus. Die Empfehlungen der verschiedenen NSU-Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene müssen sofort umgesetzt werden. Wir setzen uns darüber hinaus für eine **Reform und Umstrukturierung des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz** (BayLfV) ein. Den Einsatz von V-Leuten lehnen wir ab, eine verstärkte parlamentarische Kontrolle des BayLfV, die nachprüfbare Dokumentation der Verfahrens- und Entscheidungsabläufe und eine klare Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei fordern wir. Außerdem wollen wir ein unabhängiges Institut einrichten, das zum Schutz der Verfassung demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen beobachtet und eng mit der Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeitet.

Darüber hinaus hat der NSU-Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag gezeigt, dass die **Ausbildung von PolizeibeamtInnen** im Hinblick auf die Verfolgung von rechtsextremistisch motivierten Straftaten verbessert und die Vermittlung interkultureller Kompetenzen verstärkt werden muss.

Zur **Überprüfung weiterer Tötungsdelikte und -versuche mit einem möglichen rechtsextremistischen oder rassistischen Tathintergrund** (sog. „Altfälle“) werden wir ein unabhängiges Forschungsprojekt anstoßen, das sich am Vorbild des brandenburgischen Projekts „Überprüfung umstrittener Altfälle – Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt“ (durchgeführt vom Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien) orientiert.

Ziel unseres repressiven Maßnahmenpakets ist es, **den Schutz aller von rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt bedrohten Menschen umgehend und unmittelbar zu erhöhen** und die TäterInnen zur Rechenschaft zu ziehen.

2. Prävention und Intervention: Dem Kern des Problems Rassismus entschieden entgegentreten

Gleichzeitig ist mit unserem Konzept das Ziel verbunden, nicht nur die straf- und gewalttätigen Auswüchse des Rechtsextremismus einzudämmen, sondern an den Kern des Problems vorzudringen. **Der Kern des Problems heißt Rassismus** – und dieser lässt sich nur durch sicherheitspolitische Maßnahmen nicht in den Griff bekommen. Ergänzt wird unser Aktionsprogramm deshalb durch den **Schwerpunkt Prävention**.

Grundvoraussetzung für ein wirkungsvolles Präventionskonzept ist die Einsicht, dass die Förderung demokratischer Werte und Überzeugungen eine **Querschnittsaufgabe** ist. Alle Studien zur Verbreitung rechtsextremer und rassistischer Einstellungen zeigen, dass diese nicht auf einzelne gesellschaftliche Gruppen beschränkt sind. Menschenfeindliche



Haltungen sind demnach – entgegen häufiger Annahmen – beispielsweise weder ein reines Jugendphänomen, noch sind sie ausschließlich auf soziale Benachteiligungen zurückzuführen. Vielmehr finden sich Ungleichwertigkeitsvorstellungen – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – in allen Alters-, Bildungs- und Gesellschaftsschichten. Dieser Analyse muss ein wirkungsvoller Präventionsansatz Rechnung tragen. Er muss von allen staatlichen Akteuren und Ressorts gleichermaßen unterstützt werden und auf die enge Kooperation mit Bündnispartnern in der Zivilgesellschaft und auf kommunaler Ebene bauen.

Wir werden deshalb eine „**Koordinierungsstelle Demokratie**“ einrichten, die das Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit über alle Ebenen hinweg koordiniert, alle Verwaltungsebenen bezüglich der Problemfelder Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert und die Verwaltung darüber hinaus mit der Zivilgesellschaft vernetzt.

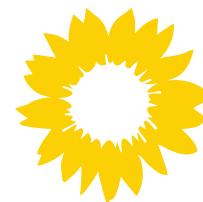
Konkret wollen wir zudem bei der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit einen **Interventionsfonds zur unbürokratischen Unterstützung lokaler Bündnisse** auflegen, die sich für unsere Demokratie und gegen Menschenverachtung engagieren. Nach thüringischem Vorbild ist dieser Fonds auf kurzfristige intervenierende Aktionen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgerichtet. Diese können bis maximal 1.000 Euro gefördert werden.

Zusätzlich planen wir die **Einrichtung bzw. Unterstützung landesweiter, professioneller, eigenständiger und unabhängiger Beratungsstellen** (im Bereich Antidiskriminierung, Opferberatung und mobile Beratung) nach dem Vorbild der beiden Münchner Beratungsstellen für Betroffene rassistischer und extrem rechter Gewalt und Diskriminierung¹¹ bzw. nach dem Vorbild der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“¹². Dabei wollen wir an die vorbildliche, aber unterfinanzierte Arbeit der „Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus“ bzw. von „B.U.D. – Beratung, Unterstützung und Dokumentation für Opfer rechtsextremer Gewalt“ anknüpfen.

Auch im Bereich der **Aussteigerhilfe** setzen wir – neben den staatlichen Angeboten – verstärkt auf die **Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen**. Die Professionalisierung der „Aussteigerhilfe Bayern“, die seit 2015 Teil des Bundesnetzwerks von EXIT-Deutschland ist, wollen wir gezielt fördern. Denn die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, wie wichtig ein niedrighschwelliges und von den Sicherheitsbehörden unabhängiges Angebot ist, um den Ausstieg aus der rechten Szene zu erleichtern.

¹¹ <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/kommunalesNetzwerk/BEFORE.html>

¹² <http://www.mbr-berlin.de/>



Im Bildungsbereich setzen wir uns für die Intensivierung der präventiven Angebote zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus – und dabei insbesondere für eine deutliche **Stärkung der Angebote zur schulischen und außerschulischen Demokratiebildung** – ein. Das sind alles keine Aufgaben des Verfassungsschutzes, darum werden wir ihm diese Aufgaben entziehen.

Grundvoraussetzung für eine **Stärkung der Demokratiebildung an den bayerischen Schulen** ist für uns eine demokratiepädagogische Schulentwicklung mit verbindlichen Partizipationsstandards, die Auseinandersetzung mit rechtsextremen und anderen menschenverachtenden Einstellungen und Haltungen in allen Altersstufen sowie die Verankerung des Themenkomplexes ‚Demokratielernen‘ als verpflichtendes Modul in der Lehramtsausbildung.

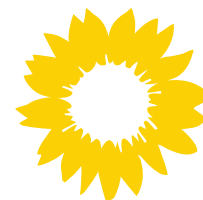
Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der **bedarfsgerechten Förderung des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“**. Unser grundsätzliches Ziel ist es, alle öffentlichen Schulen dabei zu unterstützen, Projekte und Maßnahmen durchzuführen, die Interesse und Freude an Demokratie wecken und die Schülerinnen und Schüler in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jeder Form von Diskriminierung stärken können.

Auch die an die staatlichen Schulberatungsstellen angebotenen **Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz** wollen wir durch die Erhöhung des für ihre Arbeit zur Verfügung stehenden Stundenkontingents stärken.

Für den außerschulischen Bereich wollen wir ein **Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen** auflegen, das freie Träger und Initiativen nach dem Vorbild des Bundesprogramms "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" in ihren Bildungs- und Präventionsmaßnahmen unterstützt.

Neben der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen wollen wir auch alle **staatlichen Einrichtungen und Akteure verstärkt für die Problematik menschenfeindlicher Haltungen sensibilisieren**. Unter dem Label „Rassismusfreies Bayern“ werden wir spezielle Mittel für entsprechende Weiterbildungsangebote sowie für die Entwicklung von Leitfäden, Maßnahmen und Projekten zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins und zum Abbau menschenverachtender Vorurteile und Einstellungen in unserer Gesellschaft bereitstellen. Ein besonderer Fokus gilt auch hier den Bereichen, in denen frühzeitig und präventiv gehandelt werden kann (z.B. dem Bereich der frühkindlichen Bildung).

Unser Ziel ist es zudem, dass die Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit künftig durch eine entsprechende Programmgestaltung und Schwerpunktsetzung eine zentralere und relevantere Rolle in der Präventionsarbeit spielt.



V. Ausblick: Wir stehen gemeinsam auf für ein Bayern der Vielfalt

Ein wirkungsvolles Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss dynamisch sein. Es muss gesellschaftliche Veränderungen und aktuelle Entwicklungen im Blick haben und sich lernend auf diese einstellen. Diese Dynamik fehlt im bisherigen Regierungshandeln. Wichtige Herausforderungen und Handlungsoptionen – wie die Bekämpfung des Rassismus oder die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen – kommen deutlich zu kurz oder fehlen gar gänzlich. Die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher oder wissenschaftlicher Expertise wird unverständlicherweise verweigert.

Deshalb haben wir hiermit die Eckpunkte für eine dringend nötige Erweiterung des Handlungskonzepts vorgelegt. Diese Eckpunkte basieren insbesondere auch auf dem intensiven Dialog, den wir kontinuierlich mit den verschiedenen Akteuren und Initiativen führen, die sich auf kommunaler Ebene, in wissenschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen für ein weltoffenes und demokratisches Bayern engagieren.

Ein Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kann nur erfolgreich sein, wenn es alle demokratischen Kräfte einbezieht und bündelt, immer wieder auf neue Entwicklungen und Herausforderungen reagiert und von einer eindeutigen Haltung aller Beteiligten gegen Populismus, Rassismus, Hass und Gewalt getragen wird. Diesem Anspruch wollen wir auch künftig gerecht werden und unsere Vernetzung, langjährige Erfahrung und Expertise weiter für ein Bayern der Vielfalt einsetzen.

Katharina Schulze, MdL

Innenpolitische Sprecherin

Katharina Schulze, MdL

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Inneres, Sport

und Strategien gegen Rechtsextremismus

Maximilianeum, 81627 München

T. + 49 89 - 4126 - 2773

F. + 49 89 - 4126 - 1494

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de

www.katharina-schulze.de



www.gruene-fraktion-bayern.de

